Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 180 Mark. Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53. Telegramme: Tageblatt Erzgebirge.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue.

Anzeigenpreise: Die 8mal gespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 12.00 Mark, auswärtige Anzeigen 15.00 Mark, Reklame-Petitzeile 40.00 Mark. Bei größeren Abschlüssen entsprechender Rabatt.

Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1066

Nr. 231 — Dienstag, den 3. Oktober 1922 — 17. Jahrgang

Einstellung des türkischen Vormarsches.

Der Minister des Aeußern der Regierung von Angora Jussuf Kemal hat von Smyrna unter dem Datum des 29. Septembers an Poincare folgendes Telegramm gerichtet:

Ich beehre mich, Eure Exzellenz davon in Kenntnis zu setzen, daß die Nationalversammlung in Angora auf die Note, die ihr am 23. September von den drei alliierten Regierungen zuging, in einigen Tagen antworten wird. Im Vertrauen auf die Zusicherungen von Franklin Bouillon, der vor kurzem bei dem Oberkommandanten der türkischen Streitkräfte eingetroffen ist als Abgesandter der Regierungen der Entente, die in Paris zusammengetreten waren, und überzeugt, daß man sofort zu Verhandlungen schreiten wird, um einen gerechten Frieden herzustellen, haben wir Befehl gegeben, unsere militärischen Operationen, die sich auch in der Richtung auf Konstantinopel und Tschanak in Verfolgung der griechischen Armeen entwickelten, sofort einzustellen.

Die von Franklin Bouillon abgegebenen Versicherungen haben die Gefühle der Gerechtigkeit, von welchen die Vorschläge der Entente bei der Wiederherstellung der Rechte der Türkei inspiriert waren, sanktioniert. Da aber die Tatsache, daß Thrazien auch nur einen Tag weiter unter der Verwaltung und Besetzung der griechischen Armee bleibt, die Ursache von Gefahren und von Leiden aller Art für die türkische Bevölkerung sein könnte, halten wir es für unbedingt notwendig, Thrazien östlich der Maritza, Adrianopel einbegriffen, von den griechischen Truppen sofort räumen zu lassen und der Regierung der großen Nationalversammlung der Türkei zu übergeben. Da die Einberufung einer Konferenz der alliierten Generale, die die dringenden Fragen regeln soll, den Wünschen und Vorschlägen der Entente entspricht, schlagen wir vor, daß diese Konferenz am 3. Oktober 1922 zusammentrete. General Ismed-Pascha, der Oberbefehlshaber der türkischen Streitkräfte an der Westfront, ist dazu ausersehen worden, uns auf der Konferenz von Mudania zu vertreten. Falls das vorgeschlagene Datum Ihnen zusagt, bitte ich Sie, ebenfalls Generale zu bezeichnen, die auf dieser Konferenz Sie vertreten sollen und Ihre Bedingungen wissen lassen sollen.

Entspannung in Paris und London.

Das Telegramm der Angoraregierung, das am Sonntag nachmittag in Paris eingetroffen ist, wurde am Quai d'Orsay nach 48 Stunden ernster Sorge mit warmem Aufatmen begrüßt. Poincare hat abends die französischen Pressevertreter empfangen, nachdem er kurz vorher den englischen und italienischen Botschafter von dem Telegramm, das ihm in seiner Eigenschaft als Präsident der Konferenz von Paris zugegangen ist, Mitteilung gemacht hatte. Poincare erklärte den Pressevertretern wörtlich: Der Frieden wird gemacht, vorausgesetzt, daß man ihn machen will!

Der Ministerpräsident fügte hinzu, nach seiner Ueberzeugung könne in 48 Stunden alles geregelt sein. Bei Beurteilung des türkischen Telegramms sei zu beachten, daß die Türken, die die sofortige Räumung Thraziens als Vorbedingung für die Besprechung von Mudania forderten, nun bereit sind, sich einstweilen mit der Besetzung von Thrazien durch interalliierte Truppen zu begnügen. Poincare bestätigte, daß Franklin-Bouillon wider Erwarten nicht nach Angora gereist ist, sondern über Konstantinopel nach Paris zurückkehrt. Den Grund für diese, auch für den Quai d'Orsay überraschende Aenderung der Reise des Vertreters der französischen Regierung wollte oder konnte Poincare nicht erklären.

Halbamtlich ist bekannt gemacht worden, daß die Türken mit der von England verfügten Räumung der neutralen Zone bei Tschanak bereits begonnen haben. Weiter gilt als günstiges Symptom, daß Lloyd George Sonntag abend nach Chequere abgereist ist. Dagegen hat die Londoner Nachricht, daß in Mudania vor allen weiteren Besprechungen eine englisch-türkische Unterhaltung über die Räumung der neutralen Zone stattfinden soll, in Paris offenbar unangenehm überrascht.

Deutschlands Friedenswille — die Kriegsentschlossenheit der Andern.

Der Kanzler zur Schuldfrage.

Der Reichskanzler Dr. Wirth erklärte Vertretern ausländischer Zeitungen über die Schuldfrage folgendes:

In der letzten Zeit haben in Deutschland zahlreiche Kundgebungen zur Frage der Schuld am Weltkriege stattgefunden. Eine große Bewegung geht durch alle Teile des Volkes, und immer wieder wird dagegen protestiert, daß Deutschland die Rolle des Verbrechers von 1914 spielen soll. Die deutsche Regierung kann sich dieser Bewegung gegenüber nicht gleichgültig verhalten und hat dies auch nie getan, wenn sie auch aus politischen Gründen nicht immer so vorgehen durfte, wie dies temperamentvolle Kämpfer in der Schuldfrage forderten.

Die Frage hat uns aber ununterbrochen beschäftigt, und wir sind mit allen Kräften bemüht, soweit es in unserer Macht steht, zu ihrer Klärung beizutragen. Sie wissen selbst, daß sich in vielen Ländern die Stimmen mehren, die das ganze Problem, wie es zu der furchtbaren Katastrophe des Weltkriegs kommen konnte, für noch lange nicht gelöst erklären, die versuchen, diesem Problem auf den Grund zu gehen, weil sie sich nicht bei der Ansicht bescheiden können, daß ein so maßloses Unglück, das fast sämtliche zivilisierte Völker in seinen Strudel hineinzog, nur durch die Schuld eines der zahlreichen Betroffenen heraufbeschworen sein kann. Sie haben selbst gesehen, wie das deutsche Ehrgefühl sich gegen eine solche Behauptung sträuben muß, und wir wissen auch, daß die Folgen jenes Urteilsspruches, der lediglich vom Ankläger gefällt wurde, unser Volk in immer tiefere Leiden stürzen. Aber außerdem handelt es sich hier um eine Angelegenheit von allgemeiner Bedeutung für die gesamte Menschheit. Nur wenn die Wurzeln der Katastrophe von 1914 restlos aufgedeckt werden, läßt sich ihre Wiederholung für alle Zeiten verhindern. Das ist die hohe ethische Seite des Problems, deren Ernst sich niemand, dem die Zukunft unserer Kulturwelt am Herzen liegt, verschließen darf.

Die Vorgänge, die zum Weltkriege führten, können nur durch rückhaltlose Offenheit aller Beteiligten aufgeklärt werden. Deutschland hat diesen Weg gleich nach Ausgang des Krieges beschritten. Zuerst brachten wir die sogenannten Kautsky-Akten heraus, die alle deutschen Dokumente aus den Tagen unmittelbar vor Kriegsausbruch enthielten. Vor kurzem sind dann, wie Ihnen wohl bekannt ist, die ersten sechs Bände der diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes erschienen, und diese Sammlung wird, wenn sie einmal abgeschlossen ist, der Oeffentlichkeit von den geheimen Schriftstücken der Wilhelmstraße aus den Jahren 1871 bis 1914 ein vollständiges Bild geben. Während wir so unsererseits alles zur Verfügung stellen, um unseren Beitrag zu der mühsamen Arbeit einer restlosen Aufdeckung der Wahrheit zu liefern, verfolgen wir natürlich mit gespannter Aufmerksamkeit alle anderen Publikationen, die neue Aufschlüsse über die große Frage, von der wir sprechen, enthalten. Daß durch sie ebenfalls bedeutsames Material zu Tage gefördert wird, zeigt nicht nur das von der Sowjetregierung kürzlich veröffentlichte Aktenmaterial sowie das in Paris erschienene „Livre noir", sondern auch eine soeben von dem früheren Gesandten Freiherrn von Romberg herausgegebene Sammlung diplomatischer Dokumente über die Fälschungen des russischen Orangebuches.

Diese Bücher sind für jeden, der sich über die Schuldfrage unterrichten will, eine sehr interessante Lektüre. Lassen sie mich nur auf einen Punkt in dem letztgenannten Werk hinweisen! Das Buch enthält den vollständigen Telegrammwechsel zwischen der russischen Botschaft in Paris und dem russischen Auswärtigen Amt in Petersburg während der sogenannten „schwarzen Woche" Ende Juli 1914. Hält man neben diese Sammlung von Depeschen das offizielle russische „Orangebuch", das zu Kriegsanfang aus dem gleichen Aktenmaterial zusammengestellt wurde, um die Haltung Rußlands bei Kriegsausbruch zu rechtfertigen, so erkennt man sofort, daß im „Orangebuch" vieles weggelassen und entstellt wurde, um vor der Welt einen falschen Eindruck zu erwecken.

So enthält z. B. eine Depesche des russischen Geschäftsträgers in Paris vom 24. Juli 1914 in ihrer ursprünglichen Fassung einen Satz, der in der offiziellen Ausgabe weggelassen wurde, obwohl oder besser, weil er auf die Rolle Deutschlands ein günstiges Licht wirft. Er lautet: „Deutschland wünscht heiß die Lokalisierung des Konfliktes, da die Einmischung einer anderen Macht auf Grund der bestehenden Verträge unberechenbare Folgen nach sich ziehen müßte." Hier zeigt sich also, daß man auch auf der Gegnerseite genau wußte, daß Deutschland die Entfesselung des Weltkrieges nicht wollte, sondern danach strebte, den Streit zwischen Oesterreich-Ungarn und Serbien einzudämmen.

Sehr charakteristisch ist ferner, daß die Vermittlungsversuche, die Deutschland während der kritischen Tage in Paris unternahm, in der offiziellen Ausgabe entstellt, die Schritte des deutschen Botschafters vom 28. und 29. Juli sogar unterdrückt wurden, weil aus den Originaldepeschen Iswolskis, des bekannten russischen Botschafters in Paris, hervorgeht, daß diese Schritte an der ablehnenden Haltung der französischen Regierung scheiterten. Auf der andern Seite können wir jetzt an der Hand der unverkürzten Dokumente klar erkennen, daß Rußland von vornherein jegliche Vermittlung der Mächte ablehnte. Denn am 27. Juli telegraphierte der russische Außenminister Ssasonow nach Paris und London: „Wenn es sich darum handelt, irgend einen mäßigenden Einfluß in Petersburg auszuüben, so weisen wir einen solchen von vornherein zurück, da wir von Anfang an einen Standpunkt eingenommen haben, an dem wir nichts ändern können, weil wir bereits allen annehmbaren Forderungen Oesterreich-Ungarns entgegenkommen".

Sogleich läßt sich beobachten, daß von französischer Seite tatsächlich auch nicht der geringste Versuch gemacht wurde, auf Rußland im Sinne der Nachgiebigkeit einzuwirken.

Iswolski stellt vielmehr an einer Stelle, die im „Orangebuch" gleichfalls ausgemerzt ist, mit Genugtuung fest, daß Paris jeder Gedanke an eine Einwirkung auf Petersburg durchaus fern liege. Ganz im Gegenteil gab man Petersburg immer wieder die Versicherung unbegrenzter Unterstützung.

So meldet z. B. Iswolski in einem Telegramm vom 29. Juli, daß der französische Ministerpräsident Viviani sich sofort nach seiner Rückkehr aus Rußland zu ihm in diesem Sinne geäußert habe. Selbst als die Nachricht von der allgemeinen Mobilmachung Rußlands einlief, wurde die bedingungslose Zusage erneuert. Denn in diesem Augenblick meldet ein Telegramm des russischen Botschafters: „Die französische Regierung ist bereit, alle Bündnispflichten zu erfüllen."

Sie sehen aus diesen wenigen Proben, daß auch das neue Aktenwerk bedeutende Beiträge zur weiteren Klärung der Frage nach der Geschichte des Kriegsausbruchs bringt. Es ist sicher eine lohnende Aufgabe für die Forscher unserer Zeit, sich in den gebotenen Stoff zu vertiefen und alles ans Licht des Tages zu ziehen, was hier wie in anderen Publikationen der letzten Zeit für die noch nicht gefundene Lösung des ganzen Problems Neues vorliegt. Widmet sich die Wissenschaft einer solchen Aufgabe, so leistet sie, wie schon gesagt, der ganzen Menschheit einen Dienst, indem sie mithilft an dem Kampf um die Wahrheit über das tragische Schicksal der Völker von 1914.

Vivianis Antwort an Dr. Wirth über die Kriegsschuldfrage.

Abgeordneter Viviani, der bei Kriegsausbruch französischer Ministerpräsident war, veröffentlicht durch die Agence Havas eine Erklärung gegen die Ausführungen, die Reichskanzler Dr. Wirth vor Pressevertretern über die von dem ehemaligen Gesandten von Romberg veröffentlichten Dokumente über die Kriegsschuld gemacht hat. Viviani beschäftigt sich zunächst mit der Erklärung, daß am 29. Juli Iswolski der russischen Regierung mitgeteilt habe, daß Frankreich ihm unbegrenzten Beistand versprochen hätte. Viviani erklärt, er sei am 28. Juli um 1 Uhr in Paris eingetroffen und hätte den Dienst wieder übernommen. Er habe die beiden Botschafter der Mittelmächte empfangen, und in der Nacht vom 29. zum 30. Juli um 2 Uhr sei Iswolski ins Ministerium gekommen und habe de Margerie die Depesche mitgeteilt, in der Sasonow angesichts des deutschen Ultimatums gefragt habe, was Frankreich zu tun gedenke. Viviani erinnert an seine Depesche 101 im Gelbbuch, in der er nach Petersburg und London gedrahtet habe: Frankreich ist entschlossen, alle Allianzverpflichtungen zu erfüllen. Er werde im übrigen nichts vernachlässigen, um eine Lösung des Konfliktes im Interesse des Friedens herbeizuführen. Die zwischen den weniger direkt interessierten Mächten eingeleiteten Verhandlungen gestatten noch die Hoffnung, daß der Friede aufrechterhalten werden kann. Viviani erinnert ferner an die Depesche 100 des Gelbbuches, in welcher Paleologue mitgeteilt hat, daß Sasonow ihm erklärt habe, daß gerade im Laufe der letzten Nacht der Generalstab gebeten worden sei, militärische Maßnahmen aufzuschieben, um jedes Mißverständnis zu vermeiden. Viviani erklärt weiter, daß Deutschland, was Dr. Wirth vergesse, bevor es die russische Mobilisierung kannte, den Zustand der drohenden Kriegsgefahr erkannt hat. Freiherr v. Schön, der den Auftrag gehabt hat, die Neutralität Frankreichs zu verlangen, hat es nicht gewagt, soweit zu gehen und sich damit begnügt, ohne Viviani zu fragen, was Frankreich tun würde. Daß Frankreich pazifistischen Geistes gewesen sei, werde dadurch bewiesen, daß es am 30. Juli seine Truppen um 10 Kilometer zurückgezogen und zuletzt von allen am 1. August mobilisiert habe, einen Tag nach Deutschland. Der Grund dieser Verzögerung sei, daß am 31. Juli ein neuer Verhandlungsvorschlag von ihm gemacht worden sei und Oesterreich endlich begonnen habe, mit Rußland zu verhandeln, was alle Hoffnungen wieder belebt habe. Viviani zitiert aus den deutschen Dokumenten Stellen, die die Friedfertigkeit Frankreichs beweisen sollen und erinnert an gewisse Handlungen der russischen Regierung, die allein für die Beurteilung ihrer Politik in Betracht kämen. So hat die russische Regierung, wie das aus dem Orangebuch und dem Blaubuch hervorgehe, im Einvernehmen mit Frankreich Serbien den Rat erteilt, sich zu unterwerfen, soweit die Ehre es gestatte. Sie hat ferner gleichfalls im Einvernehmen mit Frankreich eine Fristverlängerung für Serbien verlangt und trotz der Haltung Oesterreichs dreimal versöhnliche Beziehungen mit Wien aufgenommen. Viviani erinnert weiter an die Depesche des Zaren an den König von Serbien vom 27. Juli, in welcher er ihm den Frieden anempfiehlt und daran, daß die russische Regierung auch nach der Kriegserklärung an Serbien die englische Regierung gebeten hat, in Berlin Schritte zu tun, damit Oesterreich die Verhandlungen wieder aufnehme, wobei sie sich mit jener vorgeschlagenen Form der Vermittlung einverstanden erklärte und im voraus verpflichtet hatte, der Deutschland genehmen Formel zuzustimmen. Eine versöhnliche Formel, die am 30. Juli dem deutschen Botschafter in Petersburg mitgeteilt worden sei, und in der Rußland sich verpflichtet hatte, die militärischen Vorbereitungen einzustellen, hat Staatssekretär v. Jagow weiterzuleiten abgelehnt. Schließlich erinnert Viviani an den Vorschlag des Zaren an den Kaiser vom

[illegible] den Vorsitz des Haager Schiedsgerichts zu unterbreiten. [illegible] schließt, indem er auf die in [illegible] stehenden Randbemerkungen zu den in französischen Zeitungen erscheinenden Memoiren des Kaisers verweist. In diesen Randbemerkungen werde man Gelegenheit haben, die Lücken der kaiserlichen Memoiren auszufüllen.

Die Verhandlungen über die Beamtengehälter.

Am Freitag wurden, wie bereits kurz gemeldet, im Reichsfinanzministerium die Besprechungen zwischen der Regierung und den Gewerkschaften über die Beamtenbesoldung fortgesetzt. Die Besprechungen wurden im großen Rahmen geführt. Man suchte zunächst eine tragbare Grundlage zu schaffen, ohne Einzelheiten zu erörtern. Die Ansicht der Regierung ging dahin, daß als künftiges Grundgehalt der jetzige Gehaltsfaktor der Beamten zuzüglich des geltenden Teuerungszuschlages angenommen werde. Die Einkünfte der Beamten gliedern sich augenblicklich in das ehemalige Grundgehalt, in den Ortszuschlag und den Kinderzuschlag. Auf jedem dieser drei Faktoren ruht ein Teuerungszuschlag von 677 Prozent gemäß den letzten Abmachungen von Anfang September. Bei der Neufestsetzung der Grundgehälter in jeder Ortsklasse dürfte also die Summe der drei Gehaltsfaktoren zuzüglich 677 Prozent Teuerungszuschlag als neues Grundgehalt in Anrechnung kommen. Auch der Kopfzuschlag in Höhe von 10 000 Mark, den jetzt jeder Beamte erhält, soll in das neue Grundgehalt hineingerechnet werden. Da voraussichtlich eine Stabilisierung der deutschen Mark in absehbarer Zeit nicht erfolgen dürfte, schlägt die Regierung vor, in Zukunft auch weiterhin das System der Teuerungszuschläge auf die jetzt neu zu ermittelnden Grundgehälter beizubehalten. Als Grundlage der Verhandlungen dürfte die Indexziffer genommen werden. Die Gewerkschaften erklärten sich im großen und ganzen mit den von der Regierung gemachten Vorschlägen der Gehaltserrechnung einverstanden. Allerdings verlangen die Organisationen eine Angleichung der Gehaltsstufen aneinander. Es soll nach Möglichkeit vermieden werden, daß zwischen den untersten und obersten Besoldungsklassen sich Differenzen ergeben, die nach Ansicht der Gewerkschaftsführer unter der Beamtenschaft zu Mißstimmungen geführt haben. Diese Ansicht der Gewerkschaftsführer dürfte wahrscheinlich auf nachdrückliche Aeußerung einer gegenteiligen Meinung stoßen. Weiter wollen die Gewerkschaften dann auch über einen für den Monat Oktober zahlbaren Teuerungszuschlag verhandeln. Die Besprechungen dürften kaum vor Mitte nächster Woche abgeschlossen werden können.

Die bedenkliche Lage der deutschen Metallindustrie.

Der Verband Berliner Metallindustrieller hat dem Schiedsspruch eines vom Reichsarbeitsministerium eingesetzten Schlichtungsausschusses, der die Löhne der Metallarbeiter für den Monat Oktober um 47 Prozent gegenüber dem Vormonat erhöht, gestern zugestimmt. Die Arbeitgeber heben aber hervor, daß es volkswirtschaftlich durchaus falsch sei, immer und immer wieder Lohnerhöhungen zu geben, von denen letzten Endes die mit der Lohnerhöhung Bedachten gar keinen Vorteil haben, da mit Erhöhung des Lohnniveaus wiederum die Teuerung selbst steige. Die Bedenken, die der Annahme der Lohnerhöhung entgegengestanden haben, liegen nicht nur in der allgemeinen Kreditnot, sondern gleichzeitig auch in dem starken Abfallen der Inlandsaufträge und in dem ebenso starken Zurückgehen der Auslandsgeschäfte, die bei einer Anzahl von Ländern schon zu einer völligen Einstellung des Exportes geführt haben. Durch die neue Lohnerhöhung würden weitere Länder vom Export ausgeschaltet werden und der bereits recht erhebliche Import von Fertigfabrikaten nach Deutschland werde weiter gesteigert. Der bereits drohende Rückgang des Beschäftigungsgrades und damit die Arbeitslosigkeit würden in Kürze eintreten. Wenn die wesentliche Lohnerhöhung trotzdem schließlich gegen diese Bedenken angenommen wurde, so geschah dies in einer Zwangslage, weil insbesondere wiederum der Staat mit einer Erhöhung von ganz bedeutendem Ausmaße vorangegangen war und weil es nicht angängig erscheint, daß sich ein einzelner Wirtschaftskreis von der Lohnerhöhung ausschließt. Es wurde aber klar zum Ausdruck gebracht, daß eine Besserung der Lage der Lohnempfänger durch die dauernden Lohnerhöhungen nicht durchgeführt werden kann und daß auch die verantwortlichen Stellen letzten Endes erkennen müßten, daß eine Vermeidung des Zusammenbruchs nur durch Abstellung des Grundübels möglich sei, nämlich der Tatsache, daß in Deutschland zu viel konsumiert und zu wenig produziert werde.

Kleine politische Meldungen.

Heute Beginn des Rathenau-Mordprozesses. Heute, am 3. Oktober, beginnt vor dem Staatsgerichtshof in öffentlicher Sitzung die Verhandlung gegen die Teilnehmer und Begünstiger des Rathenaumordes. Im ganzen werden sich 15 Angeklagte zu verantworten haben, die Verhandlung wird mehrere Tage in Anspruch nehmen, obwohl sie geständig sind.

Der Stahlhelmbund in Halle ist auf Grund des Versailler Vertrages aufgelöst worden, da er militärische Uebungen abgehalten und seine Mitglieder im Gebrauch von Kriegswaffen ausgebildet hat. Ebenso ist der Bund der Niederdeutschen für den gesamten Bereich des Freistaates Preußen auf Grund des Gesetzes zum Schutz der Republik für aufgelöst erklärt worden.

Der entthronte König Konstantin hat Griechenland verlassen; er wird diesmal nicht nach der Schweiz, sondern nach Italien gehen. Der König hat ein merkwürdiges Schicksal. Das erste Mal verlor er den Thron, weil er keinen Krieg führen wollte, jetzt verliert er ihn, weil er Krieg geführt hat.

Demokratischer Landesparteitag.

Der Landesparteitag der Deutschen Demokratischen Partei, der Sonnabend in Freiberg begann, verdient und findet die größte Beachtung im politischen Leben Sachsens. Aus allen Teilen Sachsens hatten sich Delegierte eingefunden, im ganzen mehr als vierhundert. Die Landtagsfraktion war vollzählig vertreten, auch eine stattliche Anzahl führender Persönlichkeiten aus dem Reiche war gekommen. Leiter der Verhandlungen war der Zittauer Oberbürgermeister Dr. Külz. Auch Oskar Günther-Plauen, der alte Fortschrittsmann, saß am Vorstandstisch.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm der Parteitag einstimmig zwei Resolutionen an. Die eine fordert dringend die Linderung der Not der kleinen Rentner, die andere befaßt sich mit der Not der Presse. Dann wurde der Geschäfts- und Kassenbericht erstattet. Die überaus günstigen Zahlen zeugen von der steigenden Festigung der Partei. Es geht wieder aufwärts mit der Deutschen Demokratischen Partei, konnte der Berichterstatter mit Stolz sagen. Bei den Wahlen wurde der bisherige Vorstand einstimmig mit großem Beifall wiedergewählt.

Deutsche Fragen.

Sonnabend abend fand eine Volksversammlung statt, die sehr stark besucht war. Oberbürgermeister Dr. Külz sprach über Deutsche Fragen. Er führte u. a. aus: Krieg und Revolution sind für uns noch nicht vorüber. Die Demokratie hat sich die Aufgabe gestellt, die Kriegs- und Revolutionsgewalten zu bändigen. Die Erfüllungspolitik war notwendig, und die ersten Erfolge dieser Politik haben sich bereits gezeigt. Unsere wirtschaftliche Lage kann durch Steigerung der Produktion gebessert werden, durch Arbeit können wir wieder zur Freiheit gelangen. Aus außenpolitischen Erwägungen, mit Rücksicht auf das Weltkapital, muß die Stärkung, die die Sozialdemokratie durch die Vereinigung in der Regierung erfahren hat, durch die Arbeitsgemeinschaft der Mitte ausgeglichen werden. Die Volkspartei macht es uns allerdings unendlich schwer, ihr die Hand zur gemeinsamen Arbeit zu reichen. Eine Fusion mit dieser Partei auch nur zu erwägen, ist gänzlich abwegig. Unser Ziel ist die reine, wahre Demokratie, die sich den nationalen Gedanken als Heiligtum bewahrt. National ist aber nicht nur der, dessen Vorfahren sich auf Bärenhäuten herumräkelten und der, der ein Hakenkreuz auf seiner Badehose trägt. 1914 schöpfte niemand seine nationale Begeisterung aus dem Gedanken an Friedrich August. Auch 1918 rief niemand, auch keiner der heutigen Monarchisten, nach der Monarchie als der aufbauenden Kraft; man rief nach der Demokratie. Als Schicksalsgemeinschaft kann sich das deutsche Volk nur dann fühlen, wenn es sich der demokratischen Strömung der Mitte, die nicht nach Klassen fragt, anvertraut. Auch in Sachsen muß wieder wahrer, demokratischer Geist einziehen. (Stürmischer Beifall.)

Die Lage in Sachsen.

Die öffentlichen Verhandlungen wurden am Sonntag fortgesetzt. Der Vorsitzende der Landtagsfraktion Kultusminister a. D. Seyfert schilderte die politische Lage in Sachsen. Er sagte:

Wenn heute ein Riß im sächsischen Volke klafft, so trifft einzig und allein die Regierungsparteien die Schuld. Wir haben die Verständigung gewollt. Erst als wir sahen, daß alles vergeblich war, gingen wir zur grundsätzlichen Opposition über. Nicht wir haben den demokratischen Boden verlassen, sondern die Sozialdemokratie mit ihrer Klassenregierung. Und die Klassenregierung muß von uns bekämpft werden. An die Stelle des Schlechten haben wir das Bessere setzen wollen; die Schuld, daß wir uns nicht durchsetzen konnten, trägt der Ruck nach rechts bei den letzten Wahlen. Gibt man uns Demokraten mehr Mandate, wird die Klassenregierung beseitigt. Auch die Rechtsparteien werden wir als Republikaner und Staatsbürger bekämpfen. Wer die Monarchie will, strebt den Umsturz und nicht den inneren Frieden an. Es ist ein geschichtliches Plagiat, daß Stinnes jetzt die von ihm früher so heftig bekämpfte Erfüllungspolitik übernimmt, und deshalb als Retter des Volkes gefeiert wird. In der heutigen wirtschaftlichen Not stellen wir uns auf die Seite des Schwachen, des Konsumenten. In den Wahlkampf gehen wir mit dem Rufe: Schützt die Verfassung!, da wir wissen, daß es keinen anderen Boden der Einigung gibt, als die Demokratie.

Die Verhältnisse im Reiche.

Reichstagsabgeordnete Frau Ministerialrat Dr. Bäumer sprach über „Die Lage im Reiche". Für eine Betrachtung der Lage im Reiche ist die Betrachtung der Weltlage überaus wichtig. Die Orientkrisis kann für uns verhängnisvoll werden. Vor allem muß das Volk diesen Ereignissen gegenüber zur Zurückhaltung und Besonnenheit gemahnt werden. Wir müssen uns in uns selbst festigen, um nach außen hin wieder geschlossen auftreten zu können. Die Festigung der Republik ist gleichbedeutend mit dem Wiederbeginn außenpolitischer Machtentfaltung. Durch die Folgen des Rathenaumordes ist die Republik zweifellos gestärkt worden. Wegen der Getreideumlage durften wir es nicht zu einer Reichstagsneuwahl kommen lassen, da dieser Kampf unser Volk zerrieben hätte. Die Arbeitsgemeinschaft gehen wir nur in der Ueberzeugung ein, daß die Deutsche Volkspartei sich unserer Politik faktisch genähert hat. Aber der Halbheit der Volkspartei wollen wir keine Konzessionen machen. Wir wollen kein verwischtes Gesicht haben, sondern weiter klare, demokratische Politik treiben. (Lebhafter Beifall.)

Nach dem Vortrag von Frau Dr. Bäumer besichtigten die Delegierten den Dom und das Geologische Museum.

In der Nachmittagssitzung wurde der demokratischen Reichstags- und Landtagsfraktion einstimmig das Vertrauen des Parteitages ausgesprochen. Ferner wurde in einer Entschließung die intolerante und schroffe Art der Religionserlasse des Kultusministers Fleißner verurteilt. Nach längerer, sehr anregender Aussprache wurde der Parteitag geschlossen.

Von Stadt und Land.

Aue, 3. Oktober 1922

Gegen Fleißners Verordnung. Das Evangel. Landeskonsistorium hat beim Gesamtministerium gegen die Verordnungen des Kultusministeriums (betreffend den Schulbesuch an staatlich nicht anerkannten Feiertagen und das Verbot der Schulandacht, des Schulgebets und des Choralgesanges in den Schulen) Verwahrung eingelegt und ihre Aufhebung beantragt. Auch der christliche Gesamtelternrat der Dresdener Volksschulen, sowie der Evangel. Bund und der Landesverband für kirchlichen Gottesdienst haben Entschließungen gefaßt, die sich nachdrücklich gegen die beiden Verordnungen des Kultusministeriums wenden.

Billiger Ausnahme-Frachttarif für Kartoffeln. Die Reichsbahndirektion Dresden schreibt uns folgendes: In einem sächsischen Provinzblatt findet sich unter der Ueberschrift: „Der Wahnsinn der Gütertarife. Ueberteuerung unserer Ernährung" eine Mitteilung, wonach eine Wagenladung von 200 Zentnern Kartoffeln auf 200 Kilometer Entfernung, die bisher 5120 Mark Fracht gekostet habe, vom 1. Oktober ab nach einer Er-

Baroneß Claire.

Original-Roman von M. Herzberg.

Amerikan. Copyright 1920 by Lit. Bur. M. Lincke, Dresden 21.
(34. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Also, wie ist's mit dem Darlehen, lieber Grüningen?" lenkte Edel nochmals ein.

„Ich werde es mir überlegen und dir dann schreiben, Edel."

„Schön. Auf Wiedersehen!"

So trennten sie sich. Edel ging, wütend auf sich selbst, doppelt wütend auf den Freund, der ihn furchtlos hatte demütigen dürfen. Aber er wollte es ihm heimzahlen! Das gelobte er sich zähneknirschend.

2.

In der Damengarderobe der „Alhambra" saß Claire Rondelle vor ihrem Toilettentisch, den Kopf in die Hand gestützt, in Gedanken versunken. Sie war bereits vollständig für ihren Auftritt angekleidet und geradezu hinreißend schön in dem schwarzen, mit blitzenden Perlen kostbar bestickten Tüllkleide ihrer verstorbenen Mutter, das geschickte Schneiderhände zu einem Meisterwerk moderner Kunst umgearbeitet hatten. Unter der durchsichtigen Hülle schimmerte das zarte Weiß des wundervollen Halses und der Arme, und doppelt leuchtend erhob sich über dem tiefen Schwarz das königliche Haupt mit seinem vollen, rotgoldenen Haarpracht. Kein Schmuck zierte diese eigenartig einfache und doch fürstliche Toilette. Aus Rechten und Linken Claires unterhielten sich, ebenfalls noch an ihren Tischen mit den letzten Vervollständigungen der Kostüme beschäftigt, zwei andere Künstlerinnen; eine untersetzte, frische Soubrette im bunten, kurzen seidenen Röckchen und eine schlanke, englische Barfußtänzerin in griechischen Gewändern. Im Hintergrunde räumte die Garderobiere umherliegende Kleidungsstücke auf, familiär dabei an der Unterhaltung der beiden Damen teilnehmend.

Nach einem Weilchen öffnete sich die Tür, die nach der Bühne führte, und eine Trapezkünstlerin in Trikots und blauem Sammetmieder sprang mit einem eleganten Satz über die Stufen, die hinunter leiteten in die Garderobe. „Holla! Hier bin ich, und mit heilen Knochen!" rief sie und streckte graziös die wohlgeformten Arme und Beine. Und dann begann eine ungenierte Unterhaltung über die Verehrer der Künstlerinnen, die im Zuschauerraum in den Logen saßen, und über allerlei private Verhältnisse, daß Claire das Blut ins Gesicht stieg.

Das war das Milieu, dem sie nun schon seit Wochen, ihr dünkten es Jahre, angehörte. Damals, als sie hoffnungsfroh, allerdings erst nach einigen Tagen, die sie zur Beschaffung ihres Instrumentes und des Uniformkleides gebraucht, sich bei der Kapellmeisterin wieder eingefunden, hatte sie zu ihrer Enttäuschung hören müssen, daß Elfriede, bereits reuig zurückgekehrt, ihren alten Platz von neuem eingenommen. „Es tut mir ja schrecklich leid," hatte die gutmütige Fifi gemeint. „Aber wie hätte ich Sie rechtzeitig von Elfriedes Heimkehr benachrichtigen können, da ich Ihre Adresse nicht wußte? Und einschieben kann ich Sie auch nicht, da wir wieder vollzählig sind. Ich möchte es schon," hatte sie heimlich hinzugefügt, „aber die andern werden nicht teilen wollen."

„Ich möchte das auch um keinen Preis veranlassen!" war Claires rasche Antwort gewesen.

„Wenn ich Ihnen nur zu einer anderen Beschäftigung verhelfen könnte!" hatte Fifi sinnend fortgefahren. „Gustavs Direktor sucht zwar eine Dame, aber die müßte Sängerin, sogar eine erste Sängerin und dazu Französin sein, oder wenigstens in französischer Sprache singen können. Das Fremde zieht nirgends so wie hier. Mannsfeld hatte sich ja darum einen der teuersten internationalen Sterne, die berühmte Rondelle aus Paris sichern wollen und sucht nun, da sie ihn im Stich gelassen, nach einem geeigneten Ersatz."

„Ja, ich erinnere mich, daß bei Ihnen davon gesprochen wurde," hatte Claire gesagt und dann zögernd hinzugefügt: „Rondelle ist die französische Uebersetzung meines Namens; so heiße ich also auch. Wie sonderbar!"

„Das würde sich ja großartig treffen, da dem Direktor so sehr daran liegt, den Berlinern eine Rondelle zu bringen, wenigstens für eine Weile. Gefällt sie, so ist's später egal, ob sie die echte oder eine andere ist. Wenn Sie bloß Sängerin wären und —"

„Singen kann ich, und zwar recht gut, und französisch spreche ich auch; ich bin sogar in Frankreich geboren."

(Fortsetzung folgt.)

höhung von 5514 Prozent und einer weiteren Erhöhung um 50 Prozent 10 220 Mark Fracht kosten würde. Selbstverständlich wirke dies auf den Verbraucherpreis in empfindlichster Weise ein. Diese Mitteilung entspricht nicht den Tatsachen und ist geeignet, die Oeffentlichkeit unnötig zu beunruhigen. Wie bereits mehrfach bekannt gemacht worden ist, besteht seit 25. September für frische Kartoffeln (Stückgut und Wagenladungen) ein Ausnahmetarif, der die bis dahin geltende Fracht im allgemeinen um 20 v. H. ermäßigt und dessen Frachtsätze bei der am 1. Oktober sonst eintretenden 100 prozentigen Gütertariferhöhung nicht mit erhöht werden. In dem angezogenen Beispiel — 200 Zentner Kartoffeln auf 200 Kilometer — betrug die Fracht bis 24. September bei Ausnutzung des Ladegewichts des verwendeten Wagens 5120 Mark; vom 25. September ab ist diese Fracht auf 4100 Mark ermäßigt worden und wird auch künftig nur 4100 Mark betragen. Für 100 Kilogramm Kartoffeln bei Aufgabe als Frachtstückgut auf 200 Kilometer Entfernung betrug die Fracht bis 31. August 209,80 Mark; vom 1. September bis 24. September an beträgt sie bis auf weiteres 121,70 Mark. Das hierin liegende weitgehende Entgegenkommen der Reichsbahnverwaltung soll natürlich den Verbrauchern zugute kommen. Diesen kann daher nur geraten werden, Kartoffelhändlern, die sich nach dem 1. Oktober bei hoher Preisforderung auf eine Erhöhung der Eisenbahnfrachten berufen, mit Entschiedenheit entgegenzutreten und auf die Nichterhöhung der Eisenbahnfracht hinzuweisen. Das Gleiche gilt beim Einkauf von frischem Obst, für welches die im September eingeführten ermäßigten Frachtsätze, die gegenüber der Normalfracht vom September bei Wagenladungen um etwa 45 Prozent und bei Stückgut sogar um 50 Prozent billiger sind, auch nach dem 1. Oktober unverändert bestehen bleiben. Auch hier ist nach früheren Erfahrungen zu besorgen, daß manche Händler sich nicht scheuen werden, unwissenden Käufern gegenüber neue Preiserhöhungen der Wahrheit zuwider mit einem Hinweis auf neue Frachterhöhungen zu begründen. Weitgehendste Aufklärung der Verbraucher durch die Presse und mündliche Weitergabe durch die Leser ist daher erwünscht.

Notgeld der Stadt Aue. Die städtischen Kollegien haben beschlossen, für 80 Millionen Mark Notgeld in 200- und 500-Mark-Scheinen herauszugeben. Zunächst werden 40 Millionen Mark in Verkehr gesetzt werden. Die Ausgabe erfolgt durch die Reichsbank Aue. Die Herstellung des Notgeldes ist unter Uebergehung der hiesigen als besonders leistungsfähig in allen Kunstdruckerzeugnisse verbrauchenden Kreisen des gesamten Erzgebirges und Vogtlandes bekannten Druckereien an eine Druckerei in Glauchau übertragen worden.

33. Jahreshauptversammlung des Stenographenverbandes Westerzgebirge. Die am 30. September und 1. Oktober in Johanngeorgenstadt abgehaltene Hauptversammlung war trotz ungünstiger Witterung stärker besucht, als die vorhergehenden Tagungen. Die geschäftlichen Angelegenheiten wurden am Sonnabend in der Vertretersitzung durchberaten. Der Jahresbericht wurde verlesen mit dem Kassenbericht, ferner wurden die Neuwahlen vorgenommen. Der Verbandsvorstand wurde wieder gewählt, damit Georg Groß, Aue, als Vorsitzender. Der Verband zählt zur Zeit 25 Vereine. Pöhla ist ausgeschieden. An dem am Sonntag vormittag 9 Uhr stattgefundenen Wettschreiben beteiligten sich die Stenographen wie folgt: An den Geschäftsstenographenprüfungen zu 150—180 Silben 7 Personen. An dem Richtigschreiben nach Vorlagen beteiligten sich 51 Personen, von denen 28 preiswürdige Arbeiten geliefert wurden. Die Schnellschreiben umfaßten die Geschwindigkeit von 80—300 Silben in der Minute. Beteiligt haben sich hieran 183 Personen und zwar 62 Herren und 121 Damen. Es seien hier die Preise in den höchsten Geschwindigkeiten erwähnt. 160 Silben: Erna Grabner, Aue, und Johanne Schlott, Johanngeorgenstadt, je ein 1. Preis, Mariechen Schädlich und Alice Franke, Aue, je ein 2. Preis, Erna Schreier, Grünhain, und Martha Bonitz, Grünhain je ein 3. Preis. 180 Silben: 1. Preis: Willy Fickert, Kirchberg, Fritz Männel, Aue. 200 Silben: 1. Preis: Kurt Otto, Zwickau, Willy Ungethüm, Kirchberg. 2. Preis: Else Uhlig, Niederschlema, Melanie Göthel, Löhnitz, Nelda Schmuzler, Kirchberg, Fritz Schröder, Schneeberg. 200 Silben: 3. Preis: Martin Hauck, Aue, Friedel Wagner, Aue. 220 Silben: 2. Preis: Martha Zeuner, Aue. 240 Silben: 1. Preis: Georg Groß, Aue. 2. Preis: Else Hauck, Beierfeld. 280 Silben: 1. Preis: Arthur Gutte, Leipzig. 300 Silben: 1. Preis: Kurt Legel, Aue. Die Sieger wurden in der Hauptversammlung bekannt gegeben. Eine Anzahl schöner wertvoller Preise, die die Einwohnerschaft, namentlich die Industrie von Johanngeorgenstadt, zur Verfügung stellten, belohnten den Fleiß. Die Festrede hielt Arnold, Chemnitz, vom Vorstand des sächsischen Landesverbandes. Der Hauptversammlung folgte ein Konzert, das gleichzeitig die Feier des 40 jährigen Jubiläums des Stenographenklubs zu Johanngeorgenstadt einleitete, anschließend Festball. Johanngeorgenstadt hat ehrenvoll abgeschnitten im Bezug auf Vorbereitung und Durchführung freiwilliger Unterbringung der Gäste. Die Arbeiten leistete vorwiegend Lehrer Poller und Kleinhempel, Johanngeorgenstadt.

Der vierte sächsische Katholikentag in Chemnitz, der von etwa 3000 Teilnehmern besucht war, darunter vom Bischof von Sachsen und von der früheren Prinzessin Mathilde, brachte in der öffentlichen Hauptversammlung im Kaufmännischen Vereinshaus am Sonntag eine Rede des früheren Reichsministers Dr. Bell über die vaterländischen Ziele und Aufgaben der deutschen Katholiken. Er forderte die Katholiken auf, zur Versöhnung der Gegensätze beizutragen. Sodann erörterte Universitätsprofessor Dr. Donders aus Münster den Einfluß der Kirche auf die moderne Welt. Der Bischof von Sachsen Dr. Schreiber sprach gegen die religionsfeindlichen Verfügungen des sächsischen Kultusministeriums, die mit Glaubens- und Gewissensfreiheit sowie mit der Reichsverfassung im Widerspruch ständen. Eine entsprechende Entschließung wurde von der Tagung angenommen. Weitere Entschließungen der Versammlung befaßten sich mit der inneren Arbeit der Katholikenbewegung.

Turnen, Sport und Spiel.

Alemannias 1. Elf verliert gegen den Gaumeister V. f. B. Schneeberg 1 mit 1:5 (1:2). Alemannia weilte am vergangenen Sonntag in Schneeberg und stand dem Gaumeister V. f. B. 1 im fälligen Verbandswettspiele gegenüber. Gleich im Voraus sei gesagt, daß bei diesem Spiele Alemannias 1. Elf ein zerfahrenes Stürmerspiel vorführte, wie man es wohl bei dieser Mannschaft fast noch nicht gesehen hat. Anders hingegen bei Schneeberg, hier arbeitete die gesamte Mannschaft wie eine Maschine. Zum Spielverlauf sei kurz folgendes gesagt: Alemannia zunächst gegen Sonne spielend hat Gelegenheit schon in der 4. Minute einen Erfolg zu buchen, er wird aber durch Abseitsstehen des Linksaußen vereitelt. Der Kampf wogt auf und ab, bis es Schneeberg in der 12. Minute gelingt, durch halbrechts unhaltbar für Lindner den ersten Treffer einzusenden. Alemannia drückt etwas leicht und erzielt kurz hintereinander 3 Ecken, die aber vom Rechtsaußen brillant hinters Tor getreten werden. Nach 25 Minuten endlich kann der Linksaußen durch hohen Drehball den Ausgleich erzielen. Schneeberg geht nun erst aus sich heraus und 4 Minuten vor Halbzeit kann der völlig ungedeckte Halblinke fünf Meter vor Lindners Heiligtum gut plaziert in die linke untere Ecke Nr. 2 für seine Farben buchen. Schneeberg kommt nun immer mehr auf, ist sogar in der letzten halben Stunde vollkommen überlegen, nur dem aufopfernden Spielen der Verteidiger Knietzsch und Richter, insbesondere Richter, der schon in der ersten Halbzeit manch heikle Situation klärte, ist es zu danken, daß die Niederlage nicht noch höher ausfiel. Schneeberg ist die letzte Zeit direkt eine Klasse besser wie Aue und erzielt kurz hintereinander das 3., 4. und 5. Tor, während Alemannia beim Schlußpfiff sich nur mit dem Ehrentor begnügen muß.

* * *

Schneeberg. 50jähriges Jubiläum des Lehrerseminars. Das Schneeberger Lehrerseminar beging am 1. Oktober die Feier seines 50jährigen Bestehens. In zwei Höhepunkten gipfelte das Fest: in der Vormittagsfeier im Seminar, verbunden mit Enthüllung des Ehrenmals und in dem Kirchenkonzert, das nachmittags in der gedrängt vollen riesigen St. Wolfgangskirche begann. Zur Aufführung gelangte das Oratorium „Die Schöpfung" von Haydn. Die Leitung lag in den bewährten Händen des Musikdirektors Mättig, die Chöre wurden gesungen vom Seminarchor, dem Damenkirchenchor, dem „Liederkranz" und dem Volkshochschulchor Aue. Als Solisten wirkten der Dresdner Tenorist Ersll, Dora Jenkner, Schneeberg, Kurt Büttner, ein ehemaliger Schüler des Seminars. An der Orgel wirkte ebenfalls ein früherer Schüler des Seminars Felix Junghanns, das Orchester wurde in der Hauptsache gestellt von der Glauchauer Stadtkapelle.

Glauchau. Zu dem schweren Auto-Unglück in der Nähe von Glauchau, dem zwei hiesige Einwohner zum Opfer fielen, wird noch berichtet: Die Autofahrt wurde von einer Gastwirtschaft in der Inneren Leipziger Straße aus unternommen, wo die acht Beteiligten zu einer Abschiedsfeier versammelt waren. Die Fahrt ging nach Glauchau und sollte über Lichtenstein und Thurm nach Zwickau zurückgehen. Die Beteiligten waren sämtlich nüchtern, insbesondere auch der tote Autoführer Fischer, der das Auto an Ort und Stelle brachte.

Amtliche Bekanntmachungen.

Auf Grund von § 9 der Verordnung zur Ausführung des Gesetzes, die Handels- und Gewerbekammern betreffend, vom 15. August 1900 wird, nachdem das Wirtschaftsministerium die Vorschläge für die diesjährigen

Urwahlen zur Gewerbekammer Plauen

genehmigt hat, die Vornahme der Wahlen auf

Dienstag, den 17. Oktober von nachmittag 3—5 Uhr

festgesetzt.

Die Wahlabteilungen sind in der Weise gebildet worden, daß zur 11. Wahlabteilung sämtliche Ortschaften des Amtsgerichtsbezirks Aue,
" 12. " " " des Amtsgerichtsbezirks Eibenstock,
" 13. " " " des Amtsgerichtsbezirks Löhnitz,
" 14. " " " der Amtsgerichtsbezirke Schwarzenberg und Johanngeorgenstadt,
" 15. " " " des Amtsgerichtsbezirks Schneeberg,
allenthalben einschließlich der darin gelegenen Städte gehören.

Als Wahllokale werden bestimmt:
für die 11. Wahlabteilung das Sitzungszimmer des Stadtrates zu Aue, Stadthaus, Zimmer 12,
" " 12. " " " im Rathause zu Eibenstock und im Gemeindeamte zu Schönheide,
" " 13. " " " des Stadtrats zu Löhnitz,
" " 14. " " " des Stadtrats zu Schwarzenberg im Ratskeller, die kleine Gaststube des Ratskellers in Grünhain, das Sitzungszimmer des Stadtrats zu Johanngeorgenstadt, das Jugendheim der Gemeinde Lauter,
" " 15. " " " des Stadtrats zu Schneeberg, Rathaus, Nr. 5, das Sitzungszimmer des Stadtrats z. Neustädtel.

Zu wählen sind von den zur Gewerbekammer wahlberechtigten

Handwerkern
in der 11., 12., 13. und 15. Wahlabteilung je ein Handwerker-Wahlmann,
in der 14. Wahlabteilung zwei Handwerker-Wahlmänner,

von den zur Gewerbekammer wahlberechtigten Nichthandwerkern
in der 11., 12., 13. und 15. Wahlabteilung je ein Nichthandwerker-Wahlmann,
in der 14. Wahlabteilung zwei Nichthandwerker-Wahlmänner.

Die Wahlberechtigung und Wählbarkeit geht aus den nachstehend abgedruckten gesetzlichen Bestimmungen hervor.

Die Wahlberechtigten haben sich zur Ausübung der Wahl zur oben festgesetzten Zeit bei dem Wahlleiter anzumelden und auf Verlangen das Vorhandensein des in §§ 8 bis 12 des Gesetzes angegebenen Erfordernisses nachzuweisen.

Schwarzenberg, am 30. September 1922.

Die Amtshauptmannschaft.

Gesetz, die Handels- und Gewerbekammer betreffend, vom 4. August 1900 mit der Abänderung vom 15. Juli 1922.

§ 8. Zur Teilnahme an den Urwahlen für die Gewerbekammern sind innerhalb des Kammerbezirks berechtigt

a) **zur Wahl von Handwerkerwahlmännern:**

die Mitglieder einer Handwerkerinnung sowie sonstige Handwerker, sofern sie mit einem Einkommen aus Gewerbebetrieb im Sinne des § 19 Absatz 1 von mehr als 6000 Mk. veranlagt sind und zwar auch dann, wenn dieses Einkommen im Rechnungsjahr 1920 mehr als 36000 Mk. oder in der Zeit nach dem Rechnungsjahr 1920 mehr als 60000 Mk. betragen hat und wenn die betreffenden Gewerbetreibenden als Inhaber oder Teilhaber einer Firma im Handelsregister eingetragen sind;

b) **zur Wahl von Nichthandwerker-Wahlmännern:**

1. Personen, die ein Handelsgewerbe im Sinne von §§ 1 und 2 des Handelsgesetzbuches betreiben und als Inhaber oder Teilhaber einer Firma im Handelsregister eingetragen sind oder im Kammerbezirke für das Rechnungsjahr 1920 mit einem Einkommen aus Gewerbebetrieb im Sinne des § 19 Absatz 1 von mehr als 6000 Mk. bis 36 000 Mk. oder für die Zeit nach dem Rechnungsjahr 1920 mit einem solchen Einkommen von mehr als 6000 Mk. bis 60000 Mk. veranlagt sind, ferner alle nicht unter a fallenden Gewerbetreibenden, welche mit einem höheren Einkommen als 6000 Mk. veranlagt und nicht im Handelsregister eingetragen sind.

2. Genossenschaften von Handels- und Gewerbetreibenden, Gesellschaften, Gemeinden und Gemeindeverbänden, sofern sie für das Rechnungsjahr 1920 mit einem Einkommen aus Gewerbebetrieb im Sinne des § 19 Absatz 1 von mehr als 6000 Mk. bis 36000 Mk. oder für die Zeit nach dem Rechnungsjahr 1920 mit einem solchen Einkommen von mehr als 6000 Mk. bis 60000 Mk. veranlagt sind.

§ 8a. Wird ein Handelsgewerbe, ein Handwerk oder ein sonstiges Gewerbe von einer Ehefrau betrieben, so gilt als Einkommen aus Gewerbebetrieb im Sinne dieses Gesetzes das nach dem Einkommensteuergesetz veranlagte Einkommen der Ehefrau aus Gewerbebetrieb auch dann, wenn die Ehegatten nach § 10 Absatz 1 des Einkommensteuergesetzes in der Fassung von Artikel 1 Nr. 4 des Gesetzes vom 24. März 1921 (Reichsgesetzblatt Seite 313) zusammen veranlagt werden.

Wird ein Handelsgewerbe, ein Handwerk oder ein sonstiges Gewerbe von einem Minderjährigen betrieben, so gilt als Einkommen aus Gewerbebetrieb im Sinne dieses Gesetzes das nach dem Einkommensteuergesetz veranlagte Einkommen des Minderjährigen aus Gewerbebetrieb auch dann, wenn er nach § 17 Absatz 1 des Einkommensteuergesetzes in der Fassung des Artikel 1 Nr. 5 des Gesetzes vom 24. März 1921 mit dem Haushaltungsvorstand zusammen veranlagt wird.

§ 9. Denjenigen Gewerbetreibenden, welche innerhalb des Kammerbezirks gleichzeitig ein Handelsgewerbe im Sinne von §§ 1 und 2 des Handelsgesetzbuchs und ein Handwerk betreiben und im übrigen den Vorschriften in §§ 7 und 8 genügen, steht das Recht der Entscheidung darüber zu, ob sie zur Handelskammer oder zur Gewerbekammer wahlberechtigt sein wollen.

Die Erklärung hierüber ist vor der Wahl der zuständigen Kammer, spätestens aber bei der Urwahl dem Wahlleiter gegenüber abzugeben, sie ist bindend für die Beitragspflicht auf die Dauer der Wahlperiode, für welche sie abgegeben wird. Der Wiederholung der einmaligen Erklärung vor jeder Wahl bedarf es nicht.

Unterbleibt diese Erklärung überhaupt, so gehört der betreffende Gewerbetreibende bis zur nächsten Wahl der Gewerbekammer an.

§ 10. Das Wahlrecht kann nur in Person und nur durch Stimmzettel ausgeübt werden.

Eine Vertretung findet statt:
1. für juristische Personen durch einen ihrer gesetzlichen Vertreter;
2. für staatliche oder Gemeindebetriebe und Betriebe von Gemeindeverbänden durch deren Leiter oder einen von der zuständigen Behörde bestimmten Bevollmächtigten;
3. für Zweigniederlassungen, deren Hauptniederlassung nicht zum Kammerbezirke gehört, durch ihren Inhaber oder durch einen besonders bestellten Bevollmächtigten;
4. für Personen, die im Sinne des Bürgerlichen Gesetzbuchs geschäftsunfähig oder in der Geschäftsfähigkeit beschränkt sind, durch ihren gesetzlichen Vertreter.

Weibliche Personen sind berechtigt, sich durch einen Bevollmächtigten vertreten zu lassen.

Niemand kann das Wahlrecht in demselben Kammerbezirke mehrfach ausüben.

§ 11. Von Ausübung des Wahlrechts sind ausgeschlossen:

1. diejenigen Personen, welche aus den in § 44 Absatz 1 unter a bis g der Revidierten Städteordnung beziehentlich aus den in § 35 Absatz 1 unter a bis g der Revidierten Landgemeindeordnung ausgegebenen Gründen von Ausübung des Stimmrechts bei Gemeindewahlen ausgeschlossen sind;

2. Personen, bezüglich deren Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens wegen ungenügender Konkursmasse abgelehnt worden ist, so lange sie in dem nach § 107 Absatz 2 der Konkursordnung vom Gerichte zu führenden Verzeichnisse eingetragen sind.

§ 12. Zu Wahlmännern und Kammermitgliedern können gewählt werden diejenigen nach den §§ 7 bis 11 wahlberechtigten männlichen Personen, sowie die gesetzlichen Vertreter juristischer Personen, welche das 25. Lebensjahr erfüllt haben und deutsche Reichsangehörige sind.

Konsuln nichtdeutscher Staaten und sonstige in aktiven nichtdeutschen Diensten stehende Personen können nicht zu Kammermitgliedern gewählt werden.

Wer nach § 6 Absatz 3 aus dem Kreise der Handwerker zum Kammermitglied gewählt werden soll, muß außerdem die Befugnis zur Anleitung von Lehrlingen besitzen.

§ 13. Mehrere Vertreter derselben im Handelsregister eingetragenen Firmen, derselben Genossenschaft oder Gesellschaft dürfen nicht gleichzeitig Mitglieder der nämlichen Kammer sein.

Zu § 8a und b wird, um Irrtümer und Ungültigkeit der Wahlen auszuschließen, noch ausdrücklich folgendes bemerkt:

Zu wählen sind von den wahlberechtigten Handwerkern 1 Handwerkerwahlmann und von den wahlberechtigten Nichthandwerkern 1 Nichthandwerkerwahlmann. Ein Handwerker kann nicht gleichzeitig einen Nichthandwerkerwahlmann wählen und umgekehrt kann ein Nichthandwerker nicht einen Handwerkerwahlmann wählen.

Die Stimmzettel dürfen nicht zugleich einen Handwerkerwahlmann und einen Nichthandwerkerwahlmann benennen. **Die Stimmzettel der Handwerkerwahlmänner und der Nichthandwerkerwahlmänner müssen getrennt sein.**

Vom 9. Oktober 1922 ab wird die Geschäftszeit auf 1/2 8 Uhr vorm. bis 1 Uhr nachm. und von 2—5 Uhr nachm. (Sonnabends durchgehend von 1/2 8 Uhr vorm. bis 1/2 3 Uhr nachm.) festgesetzt.

Die Kasse und die Gerichtsschreibereien (einschließlich des Grundbuchamts) werden für den Verkehr mit dem Publikum (dringliche Sachen ausgenommen) nachmittags 4 Uhr (Sonnabends nachm. 1 Uhr) geschlossen.

Amtsgericht Aue, den 2. Oktober 1922.

Schuld an dem Unfalle ist wohl in erster Linie der Umstand gewesen, daß dem Autoführer durch die verregnete Schutzscheibe des Autos die Aussicht genommen war und daß die rechte Lampe des Autos schlecht brannte und er daher die vor ihm liegende scharfe Kurve zu spät bemerkte. Infolgedessen ist der Wagen über die rechte Straßenböschung in den Graben gefahren und hat sich überschlagen, wobei er die Insassen unter sich begrub.

Letzte Drahtnachrichten.

Die vereinigten Sozialdemokraten gegen Erhöhung des Umlagegetreidepreises.

Berlin, 3. Oktober. Die Fraktion der vereinigten sozialdemokratischen Parteien beschloß in ihrer gestrigen ersten gemeinsamen Sitzung mit großer Mehrheit, jede Erhöhung des Umlagegetreidepreises wie er für das erste Drittel vorgesehen ist abzulehnen. Das Reichskabinett wird sich voraussichtlich mit der Erhöhung des Preises für Umlagegetreide erneut befassen. Das Reichsernährungsministerium hat dem Reichskabinett eine Gesetzesvorlage zugehen lassen, in der eine rückwirkende Erhöhung des Roggenpreises für das erste Drittel auf 20700 Mark, also genau das Dreifache des ursprünglichen Preises vorgesehen ist. Von dem nach dem Umlagegesetz abzuliefernden 2 Millionen Tonnen Getreide sind bisher 123000 Tonnen abgeliefert, gegen 400000 Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres.

Der Internationale Transportarbeiterkongreß für Revision des Versailler Vertrages.

Wien, 2. Oktober. In der Handelskammer wurde heute der internationale Transportarbeiterkongreß eröffnet, auf dem 18 Staaten, darunter Deutschland, durch 130 Delegierte vertreten sind. Der Sekretär der internationalen Transportarbeiter-Organisation Finmen referierte über die internationale Lage, worauf eine Resolution angenommen wurde, in der auf die durch den Friedensvertrag verursachte schlechte wirtschaftliche Lage ihrer Länder hingewiesen wird und alle Arbeiterorganisationen, speziell die der Entente aufgefordert werden, alles aufzubieten, um eine durchgreifende Revision des Friedensvertrages zu erzielen.

Angora zu Friedensverhandlungen bereit.

Paris, 2. Oktober. Nach einer Meldung der Agence Havas aus Angora hat die Nationalversammlung die Haltung der Regierung in der orientalischen Frage einstimmig gebilligt. Die Regierung sei von der Nationalversammlung ermächtigt worden, einen Vertreter zur Konferenz der Mudania und weiter Vertreter zur demnächstigen Friedenskonferenz zu entsenden.

Ein letzter Versuch des Griechenkönigs Konstantin.

London, 2. Okt. Das Reuterbüro meldet aus Athen, der vormalige König Konstantin habe, bevor er Athen verließ, vom Revolutionsausschuß ein Dokument verlangt, welches ihm bestätigen sollte, daß seine erzwungene Abreise aus Griechenland nur zeitweilig sei. Der Ausschuß habe dies abgelehnt und hinzugefügt, daß er auf die Abreise Konstantins und seiner Brüder bestehe.

■

Der Dollar notierte heute vormittag in Berlin vorbörslich mit 1890.

Kirchennachrichten.

St. Nicolai.

Dienstag abends 8 Uhr Tabeaverein. Mittwoch, abends 8 Uhr Elternabend für die Eltern der Konfirmanden des ersten Bezirks im großen Pfarrhaussaale: Pfr. Leßmüller. Donnerstag abends 8 Uhr Männerabend und Christl. Verein junger Männer. Freitag abends ½8 Uhr Bibelkränzchen für konfirmierte Töchter: Pfr. Herzog. Abends 8 Uhr Vorbereitung für Kindergottesdienst B: Pfr. Leßmüller.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Selbmann. Druck u. Verlag Auer Druck- und Verlagsgesellschaft m. b. H., Aue.

„Henko" Henkel's Wasch- und Bleich-Soda, zum Einweichen der Wäsche und für den Hausputz. Alleinige Hersteller Henkel & Cie., Düsseldorf.

Für die uns anläßlich unserer VERMÄHLUNG dargebrachten Glückwünsche und Geschenke sagen wir hierdurch, zugleich auch im Namen unserer Eltern, herzlichen Dank.

Albert Schürer und **Frau Paula** geb. Günther.

Aue, am 3. Oktober 1922.

Für die uns anläßlich unserer VERMÄHLUNG dargebrachten Glückwünsche und Geschenke danken wir im Namen unserer Eltern beiderseits.

Erich Unger und Frau Elisabeth geb. Kehrer.

Aue, 30. September 1922.

Apollo-Lichtspiele Aue
Lichtspielhaus ersten Ranges
Bahnhofstraße 17.

Mittwoch und Donnerstag! Nur 2 Tage!

Zirkus d. Lebens.
Tragödie in 6 Akten.
Werner Krauß in der Hauptrolle.

Außerdem das **Stuart Webbs-Abenteuer**
„George Bully".
6 Akte von A. Schirokauer u. Ernst Reicher.
Hauptd.: **Ernst Reicher, Stella Harf.**

Tägl. Anfang 6 Uhr, Letzte Vorstellg. gegen 9 Uhr.

Am Montag abend verschied nach langem, schwerem Leiden mein herzensguter Gatte, unser treusorgender Vater

Paul Louis Becher.

In tiefer Trauer
Rosa Becher
und die Hinterbliebenen.

AUE, den 3. Oktober 1922.

Die Beerdigung erfolgt Donnerstag, den 5. Oktober 1922, nachm. ½2 Uhr, vom Trauerhause, Mozartstr. 3, aus.

Herzlichen Dank.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Hinscheiden unseres lieben Sohnes

Hellmuth

drängt es uns, für den reichen Blumenschmuck sowie für die herrliche Kranzspende des Vereins ehemaliger Real- und Oberrealschüler zu Aue und für die Begleitung zu seiner letzten Ruhestätte allen unseren herzlichsten Dank auszusprechen.

Bruno Tauber und Frau.

Drucksachen aller Art
liefert schnell und in bester Ausführung
Buchdruckerei Auer Tageblatt.

RadiumbadO.-Schlema
Hotel „Erzgebirgischer Hof".
Mittwoch, d. 4. Okt., von nachm. 4 Uhr ab: **Kaffee-Konzert.**
Im Saale von abends 7 Uhr ab:
Kirmes-Gesellschafts-Ball.
Freundlichst ladet ein **Paul Graf.**

„Tauschermühle" bei Aue.
Morgen Mittwoch von abend 7 Uhr ab: **Reunion.** Es ladet freundl. ein **Max Uhlmann.**

Naturheilverein Prießnitz, Aue.

Mittwoch, den 4. Oktober, abends 7 Uhr in der Aula der Oberrealschule
Vortrags-Abend.
Thema: Arterienverkalkung, deren Ursache und Verhütung, Schlaganfälle und Nervenlähmung.

Mittwoch, den 11. Oktober, abends 7 Uhr in der Aula der Oberrealschule
Erster Lehr-Abend.
Thema: Verhütung aller Krankheiten, sowie praktische Vorführung über Behandlung der Fieberkrankheiten.

Mittwoch, den 18. Oktober, abends 7 Uhr in der Aula der Oberrealschule
Zweiter Lehr-Abend.
Thema: Praktische Vorführungen über Behandlung der chronischen Krankheiten.

Mittwoch, den 25. Oktober, abends 7 Uhr in der Aula der Oberrealschule
Dritter Lehr-Abend.
Thema: Frauenkrankheiten — Schönheitspflege.
Zu diesem Abend ist der Zutritt nur Frauen und Mädchen vom 18. Lebensjahr an gestattet.

Vortragender an sämtlichen Abenden ist Herr Naturheilkundiger **Strobel.**

Zu diesen Veranstaltungen werden die werten Mitglieder Freunde und Gönner, und ganz besonders die Frauen, herzlichst eingeladen. **Der Vorstand.**

Da dies Inserat nur einmal erscheint, bitte ausschneiden.

Sanatorium Aue
Sprechstunden
Röntgen — Diathermie — Höhensonne
Massage — an Wochentagen 9-1 Uhr.
San.-Rat Dr. Pilling.

Restle-Dauerwellen!
verwandeln jedes glatte Haar in naturwelliges.
Haltbar beim Waschen und Regen.
Haarpflegehaus Schubert, Ernst-Papst-Str. 4. — Fernruf 226. —

! Geschlechtsleiden !
Herzschwäche, Syphilis, Mannesschwäche, Weißfluß u. s. w., kein Quecksilber, keine Einspritzung, keine Berufsstörung. Aufklärende Broschüre mit tausenden freiwilligen Dankschreiben kostenlos in verschloss. Kuvert gegen 6 Mark auch in Marken für Doppel-Briefporto.
Dr. med. H. Seemann G. m. b. H.
Sommerfeld 6 Bez. Frankfurt a/O.
Spezialärztliche Leitung.
Persönliche Untersuchung, Beratung und Behandlung nur in den Geschäftsst. d. Dr. Dammannschen Heilanstalten: Berlin, Potsdamerstr. 133 B, 9—12, 4—7, Sonnt. 10—12. Breslau, Gräbschenstr. 41, 9—11, 3—6, Sonntags 10—12 (Mittwoch keine Sprechstunde.) München, Theresienstr. 8, 10—1, 4—6, Sonnt. 10—12.

Wir suchen
zum sofortigen oder späteren Eintritt für unser
Roh-Kochgeschirr-Stanzwerk
je 1 Werkzeugschlosser
Drücker
und Schlosser für Ziehpressen.
Angebote von Leuten, die in obiger Abteilung bewandert sind, unter „A. T. 4738" an die Geschäftsstelle bs. Blattes erbeten.

Achtung!
Achtung! Achtung!
Wer bezahlt die höchsten Preise
für Lumpen, Papier, Flaschen, Alt-Eisen und Metalle?
Richard Spiegel, Aue,
Auerhammerstraße 25.

Haararbeiten
jeder Art fertigen von einfachster bis feinster Ausführung
Stern & Gauger
Köpfe- u. Perückenfabrik, Aue
Wettinerstr. 48, am Wettinplatz

Tischler- u. Polstermöbel
aller Art kaufen Sie günstig bei
Möbel-Schmidt
Albertstr. 6 (kein Laden) Telsph. 567.

Neuer eiserner Regulierofen
(2 Etagen) zu verkaufen.
Zweiflammiger Gaskocher
zu kaufen gesucht.
Zu erfr. in d. Geschäftsst. d. Bl.

Ein gebr. Emailleherd und ein gr. eiserner Regulierofen
umständehalber sof. billig zu verkauf. Fr.-Aug.-Str. 18, p. r.

Knopfloch-Maschine
zu kaufen gesucht.
Oskar Glück,
Auerbach i. V., Kaiserstr. 31.

Junge Leute
d. zur See fahren woll., erh. schriftl. Aufklärung und Rat. Auskunftei Hamburg 36, Schließfach 112, G. 129.

Hafer ist heute eingetroffen bei
Willy Möser, Großhandlg. landwirtschaftl. Erzeugn. **Aue,** Mozartstr. 1. Fernruf 91.